

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wih. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 16

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Donnerstag, den 19. Januar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
30 Pfg., auswärts 35 Pfg., im Reklametitel 1 mm hoch
90 mm breit 150 Pfg.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Dr. Rathenau hat nach seiner Ankunft in Berlin sofort dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten über Bericht über Canneds erstattet. Das Kabinett ist in Beratungen über die neuen Forderungen der Reparationskommission eingetreten.
- * Eine Einigung zwischen der Reichsregierung und den Beamtenorganisationen in der Frage der Gehaltsforderungen konnte bisher nicht erzielt werden.
- * Der Oberreichsanwalt und der Reichsjustizminister lehnen es ab, gegen General Ludendorff Anklage wegen Beteiligung am Rapp-Putsch zu erheben.
- * Auf dem Reichsparteitag des Zentrums im Berliner Reichstagsgebäude hielten die Minister Brauns und Hermes politisch bedeutungsvolle Reden.
- * Die deutsche Regierung hat eine offizielle Einladung erhalten, an der am 8. März in Genua beginnenden Wirtschaftskonferenz teilzunehmen. Deutschland wird in Genua durch fünf Delegierte vertreten sein.
- * Die Regierungsvorlage über die Aufbesserung der Beamten- und Staatsangestelltenbezüge sollen den Reichstag am 20. Januar beschäftigen.
- * In Dublin fand die Übergabe der Regierungsgewalt an die einseitige Regierung des irischen Freistaates statt.
- * Zur Konferenz in Genua sind nach Mitteilungen der italienischen Regierung vierzig Nationen mit über 1000 Delegierten eingeladen.
- * Im italienischen Ministerrat teilte der Ministerpräsident Bonomi mit, daß das europäische Finanzkonförium binnen 20 Tagen in London gegründet werde.
- * In Amerika und England macht sich ein heftiger Unwille gegen die französische Sonderpolitik in der Wiederaufbaufrage bemerkbar.
- * Der chinesische General Wu Pei-fu richtete an die Regierung in Peking ein Ultimatum, wonach diese innerhalb einer Woche zurücktreten solle.
- * An der Berliner Dienstagsbörse wurde der Dollar mit 184½ notiert.
- * Die Kriegsschuldigen-Kommission in Paris hat erneut die Auslieferung der deutschen Kriegsschuldigen beim Obersten Rat beantragt.

Die Einladung.

Herr Lenin hat gebeten, von Genua Abstand zu nehmen und, wenn irgend möglich, die europäische Wirtschaftskonferenz nach London einzuberufen. Trotzdem hat die italienische Regierung nunmehr die Einladungen nach Genua verschiebt, und auch dem deutschen Reichskanzler ist sie durch den Berliner italienischen Botschafter in aller Form zugestellt worden. Man darf sagen, daß sich dieses Schriftstück in Wortlaut und Sprache einigermaßen wohlthuend von den „Einladungen“ unterscheidet, mit denen unsere Regierung bisher zur Teilnahme an den Verhandlungen in Spa, in London, in Cannes beehrt worden ist, wie überhaupt der Grundgedanke der Gleichberechtigung aller einzuladenden Mächte offenbar gewahrt werden soll. Auch daran hat der Oberste Rat sich nicht gestoßen, daß Bürger Lenin es als zweifelhaft hinstellte, ob er persönlich, wie es gewünscht wurde, nach Genua werde kommen können, ebenso wie Poincaré es zunächst offen ließ, ob er in höchst eigener Person oder ein minder hochgeachteter Beamter seines Dienstes sich mit Lloyd George und den Hauptvertretern der Festlandsmächte in der italienischen Hafenstadt an einem gemeinsamen Beratungskongress niederlassen werde. Das einmal für Genua festgelegte Programm wird ausgeführt, sogar mit einer Fügigkeit, die in Anbetracht der gegebenen Umstände als ungewöhnlich bezeichnet werden muß. Am 8. März soll dieser neue Tanz beginnen — wenn bis dahin nicht abermals irgendwelche unvorhergesehenen Ereignisse eintreten.

Wiz dahin wird wohl die Reparationsfrage für Deutschland so oder so einen entscheidenden Schritt vorwärts getan haben. Innerhalb 14 Tagen soll die deutsche Regierung ihr Programm für die Sanierung dem Budget für die Einstellung der Renteinführung und für die Ablösung der Geld- und Sachleistungen des Jahres 1922 vorgelegt haben, so daß der Reparationskommission bis zu Beginn der Tagung von Genua immer noch ein reichlicher Monat übrig bleibt, ihrerseits zu den deutschen Vorschlägen Stellung zu nehmen. Diese Seite der Angelegenheit wird aber bekanntlich in Frankreich für ungleich dringlicher gehalten als der Wiederaufbau Gesamt Europas, und so hat Herr Poincaré Zeit genug, seine aus der Vorwie aus der Nachkriegszeit hinreichend bekannten Künste als gewissenloser Völkerverführer spielen zu lassen. Schon scheint sich der Ton der französischen Presse mehr und mehr auf die Klänge umzustimmen, die der neue Herr und Meister so über alles liebt. Und die englischen Kabinettsmitglieder, die im Auftrag des Premierministers Verhandlungen mit Poincaré über die von Briand im Stich gelassenen Probleme aufnehmen, stoßen auf eine gelassene Art, die Dinge zu behandeln, als hätte Frankreich gar kein sonderliches Interesse daran, zu einem bestimmten Abkommen zu gelangen. In London fühlt man den Temperaturswechsel selbstverständlich deutlich genug heraus. Ein so französischenfreundliches Blatt wie die „Times“ hält es um deswillen für seine Pflicht, auf den besonderen Ernst der durch Briands Rücktritt geschaffenen Lage hinzuweisen und die Franzosen dringender zu mahnen, endlich die Augen zu öffnen vor den Gefahren, denen sie entgegenstehen. Solange dieser Geisteszustand dauere, sei es zweifelhaft, ob die europäische Krise, sei es die politische, sei es die wirtschaftliche, erfolgreich behandelt werden könne. Schon in Washington habe die amerikanische Regierung den ganzen Einfluß ausüben müssen, um ihre Presse zurückzuhalten, sonst hätte eine so furchtbare Explosion gegen die Haltung der Franzosen stattgefunden, daß selbst den Blinden die Augen geöffnet worden wären. So zu lesen in einem Blatte, das seit 1914 mit Frankreich durch dick und

dünn gegangen ist; da kann man sich wohl denken, wie die Stimmung in denjenigen Kreisen Großbritanniens beschaffen ist, die sich von dem Allianzeräusch der Kriegsjahre schon längst freigemacht haben. Aber hat Poincaré nun noch eine Wahl zwischen den Erwartungen, die seine Regierungsbildung hervorgerufen mußte, und den Warnungen, die von seinen Freunden Frankreichs kommen? Er selbst hat nach dem Zeugnis verschiedener Politiker, mit denen er wegen Eintritts in sein Kabinett verhandelte, davon gesprochen, daß die Lage seit der Konferenz von Cannes mindestens so ernst geworden sei, wie sie im Sommer 1914 gewesen ist. Er hat gerade unter Berufung auf diese allen Nichtfranzosen vollkommen unverständliche Deutung der Zeichen der Zeit zur Erneuerung der neutralen Einheitsfront aufgefordert, die allein die Republik befähigen würde, sich in den Kämpfen der Gegenwart siegreich zu behaupten.

Unter diesen Umständen wird alles darauf ankommen, ob außerhalb Frankreichs sich eine feste Hand findet, die die Steuer der Weltwirtschaft mit ruhiger Sicherheit zu führen. Wie die Dinge liegen, kann für diese Rolle kein anderer Staatsmann in Frage kommen als Lloyd George. Sein Auftreten in den letzten Tagen spricht dafür, daß er sich der Wichtigkeit der Aufgabe, die ihm durch den Rückfall seiner französischen Bundesgenossen in den schlimmsten Zeiten des Chauvinismus zugefallen ist, voll und bewusst ist. Alles wird davon abhängen, ob seine diplomatische Kunst noch ausreicht, um Herrn Poincaré die gefährlichen Wege, die er abermals einzuschlagen gedenkt, zielbewußt zu verlegen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Teilung Oberschlesiens.

Nach Mitteilungen aus den Kreisen der alliierten Verbunden in Oppeln verlautet, daß mit einer Übergabe des polnischen westlichen Teiles Oberschlesiens an Polen nicht vor Mitte März zu rechnen ist. Dieser Tage wurde wieder der Ausbruch eines neuen Putsches erwartet. Alle Polizeistationen erhielten demzufolge den Befehl, sich alarmbereit zu halten. Es ist jedoch bis jetzt zu Ausschreitungen nicht gekommen.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Der Vertreter des beschlagnahmten deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten sprach über einen Plan, der dieses Eigentum bzw. seinen Erlös in den Vereinigten Staaten belassen und zur Unterstützung und Belebung des Handels mit Mitteleuropa verwenden will. Man weist in Washington darauf hin, daß bei einer Rückgabe der größte Teil der Summen durch die Kriegsgewinnbesteuerung in Deutschland aufgezehrt würde, so daß damit nur fiskalischen, nicht den Handelsinteressen dienend wäre.

Sozialdemokratische Wünsche.

Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Loebe schreibt in einem Breslauer Blatte in einem Nachwort zum unabhängigen Parteitag u. a.: „Seit ist der Zeitpunkt gekommen für die Aufstellung eines großen Finanzplanes mit kräftiger Heranziehung des Besitzes. Jetzt ist die Stunde gekommen für den freisinnigen Reichskanzler, durch Wiederheranziehung Rathenaus ins Wiederbauministerium, durch Übertragung des Finanzministeriums an einen Mann mit weitanschauenden Plänen, vielleicht Georg Bernhards, und durch Bestellung eines energiegelassen sozialdemokratischen Außenministers, der politischen Desorganisation jenseits des Rheins durch eine gefestigte Regierung mit festen und weitreichenden Plänen auf unserer Seite zu begegnen.“

Ein Anschlag auf das Rheinland.

Nachträglich wird aus der Konferenz von Cannes eine üble französische Nachenschaft gegen das deutsche Rheinland berichtet: Briand hat dort bei einer privaten Zusammenkunft mit Lloyd George von dem französisch-belgischen Militärvertrage gesprochen, nach dem sich u. a. beide Staaten verpflichtet haben, gemeinsam dahin zu wirken, daß das Rheinland sich autonom erkläre. Frankreich und Belgien seien bereit, diese Autonomie zu garantieren und auch gegen Angriffe von außen her sicherzustellen. Briand konnte mitteilen, daß diese Bestrebungen im Rheinland erfreuliche Fortschritte gemacht hätten. Lloyd George hat jedoch Briand gebeten, auf diese Pläne nicht mehr zurückzukommen.

250 Prozent Steigerung der Friedensmiete.

Der Ausschuh des Reichswirtschaftsrates für Siedlungs- und Wohnungsweisen beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921. Der Entwurf soll dem Gesetz eine Form geben, die es ermöglicht, das Einkommen aus der Abgabe nicht nur zur Verzinsung und Tilgung von Anleihen, wie bisher, sondern auch zur unmittelbaren Gewährung von Bauförderungsloans zu verwenden, und dazu die Abgabe von 10 Prozent auf das Mißfische zu erhöhen. In der Beratung trat eine große Mehrheit des Ausschusses für Erhöhung auf 100 Prozent ein. Ein Vertreter der Reichsregierung führte aus, daß eine Steigerung der Mieten auch aus dem Reichsmietengesetz, und zwar in Höhe von etwa 100 Prozent der Friedensmiete, und eine weitere Steigerung durch die staatlichen und kommunalen Grundsteuern in Höhe von etwa 50 Prozent der Friedensmiete zu erwarten sei. Die Erhöhung der ersten Abgabe auf 100 Prozent würde insgesamt eine Verteuerung um 250 Prozent der Friedensmiete ausmachen.

Die Schleifung der deutschen Westfestungen.

Dem Reichstag wird ein Entwurf zugehen, der die Aufhebung der Festungen Wesel, Köln, Koblenz, Mainz, Germersheim, aller sonstigen oberrheinischen und rechtsrheinischen Forts und der Küstenfestungen Friedrichsort, Kiel und Helgoland ausspricht. Die Entente hat ausdrücklich die Annahme eines solchen Gesetzes durch den Reichstag gefordert. Der Reichstag wird aber verlangen können, daß Frankreich nicht die Ostforts gewisser Rheinfestungen bestehen läßt, wie anscheinend beabsichtigt ist.

Das Ergebnis der Option.

Die Zahl der in Neupolen ansässigen Deutschen, die in Danzig für Deutschland optiert haben, wird nach dem bisherigen Ergebnisse auf 7000 bis 8000 geschätzt. Die Zahl der Danziger Staatsbürger, die für Deutschland optierten, ist dagegen verhältnismäßig gering. Sie stellt sich auf nur 4300 Personen, was ungefähr 1,2 Prozent der deutschen Danziger Bevölkerung ausmacht. Beim deutschen Generalkonsulat in Posen erschienen in den zehn Tagen der Optionsfrist 45 000 bis 50 000, um sich in der Optionsfrage beraten zu lassen. Davon hat ungefähr die Hälfte von dem Optionsrecht Gebrauch gemacht. Im Gutschiner Landchen haben über 4500 Personen für Deutschland optiert.

Frankreich.

Das neue Kabinett Poincaré besteht mit Ausnahme seines Führers und des Kriegsministers Barthou im allgemeinen aus wenig bekannten Persönlichkeiten zweiten Ranges. Man glaubt, daß es Frankreich in eine Politik der Isolierung hineinführen wird, obwohl die erste Zusammentkunft Poincarés mit Lloyd George „sehr herzlich“ verlief, und Poincaré die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit England stark betonte. Er wünscht vor allem, daß das Garantiebündnis nach Ablauf von 10 Jahren erneuert und auf den Fall ausgedehnt werde, daß eine gemeinsame Intervention erfolgt, wenn Deutschland einen Angriff gegen Polen unternehmen sollte. — Poincaré will nicht selbst nach Genua gehen, sondern Viviani dorthin schicken.

Rußland.

Der europäische Seuchenherr. In der Genfer Völkerbundsversammlung wurde über die Gesundheitsverhältnisse in Osteuropa, namentlich in Rußland mitgeteilt, daß sich die Lage seit zwei Monaten erheblich verschlechtert hat. Da im kommenden Frühjahr ungefähr 700 000 russische Flüchtlinge in Polen und den anderen Randstaaten zu erwarten seien, müßten schon jetzt alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um eine Ausbreitung der Seuchen zu verhindern. Der Bezirk Cherson ist ebenfalls als Hungergebiet erklärt worden. Dort hungern in 22 Großgemeinden mehr als 100 000 Menschen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Berliner Unabhängigen veranstalteten eine große Kundgebung für die Verbrüderung des internationalen Proletariats. Daran nahmen die Ausländer teil, die auch beim Leipziger Parteitag der U. S. P. D. anwesend waren.

Zugoslawien. In einer von der Gewerkschaft bayerischer Staatsbediensteter einberufenen Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Entlastung der Eisenbahn abgelehnt wird.

Genf. Die ordentliche Tagung des Völkerbundsrates fand ihren Abschluß. Der Völkerbundsrat ernannte den japanischen Gesandten in Brüssel, Abatei, zum Vorsitzenden der mit der Untersuchung des Schlichtungsverfahrens beauftragten Kommission.

Warschau. Der polnische Finanzminister Dr. Michalski veranschlagt im Budget für 1922 450 Milliarden Einnahmen und 600 Milliarden Ausgaben. Dazu kommen noch 250 Milliarden für Zinsen und Amortisationszahlungen aus ausländischen Schulden.

Stockholm. Die schwedische Regierung hat beschlossen, sich gegenüber den von verschiedenen Seiten vorgebrachten Wünschen nach einem Gesetz betreffend ein vorübergehendes Alkoholverbot ablehnend zu verhalten.

Helsingfors. Den Siegesmeldungen der aufständischen Karelier ist sehr schnell das Dementi gefolgt. Jetzt wird berichtet, der karelistische Rückzug an der Südküste gehe immer weiter nach Norden. Die bolschewistische Armee setze ihren Vorstoß mit unverminderter Kraft fort.

Moskau. Mit dem 1. Januar ist für sämtliche Wohnhäuser des Moskauer Gouvernements die Zwangsversicherung gegen Feuer eingeführt worden. Scharfe Gesetze sind gegen die Waldverwüstungen erlassen worden. Holzdiebstahl werden das erste Mal mit sechs Monaten Gefängnis, das zweite Mal außerdem mit Vermögensentziehung bestraft.

Washington. Präsident Harding erklärte, daß die Anerkennung der Sowjetregierung durch die Vereinigten Staaten nicht bevorstehe, da Moskau die Einladung zur Teilnahme an der Wirtschaftskonferenz in Genua bereitwillig angenommen habe.

Washington. Die chinesischen und die japanischen Delegierten verhandeln über die gesamte Schantung-Frage. Die Japaner haben eingewilligt, der chinesischen Regierung alle für die Verwaltung des Pachtgebietes nötigen Schriftstücke auszuhandigen. — Japan hat der Unterstellung Kiantschows unter chinesische Verwaltung zugestimmt.

Die Erhöhung des Brotpreises.

Eine Folge der Entente-Forderungen.

Das Sinken der deutschen Wälua, vor allem aber die neue unausweichliche Forderung des Obersten Rates, daß die deutsche Regierung schon in der nächsten Woche einen auf das geringste Maß des Allernotwendigsten zurückgeführten Ausgabenplan des Reiches vorlegen soll, haben zur Folge, daß die für später geplante Einschränkung der Reichszuschüsse für die Brotversorgung alsbald durchgeführt werden muß. Daher wird der bisher geltende Brotpreis erheblich steigen.

ben wollen. Zu seinem Bedauern müßte er bemerken, daß nach seiner Auffassung in der Deutschen Volkspartei genügend derartige Elemente seien. Eine Verbreiterung nach dieser Seite sei daher nur möglich mit Persönlichkeiten, die auf dem Boden der Verfassung stehen. Fehrenbach wandte sich dann aber gegen die Demokraten, die nur Gefähr in der Regierung gelassen, den übrigen Ministern aber die Mitarbeit verweigert hätten. — Besonders beachtlich waren die Äußerungen des Finanzministers Dr. Hermes über die Steuerfragen. Er erklärte rund heraus, daß

der Steuerapparat nicht funktioniert, und daß die Beamtenhaft, die teilweise nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stünde, qualitativ erheblich verbessert werden müsse. Weil man mit der Steuererhebung noch stark im Rückstand sei, habe es keinen Zweck, neue Steuern zu bewilligen. Dadurch würde der „Steuerpump“ nur noch tiefer werden. Er werde dazu beitragen, daß wir möglichst bald zu einer Verabschiedung der Steuerentwürfe kommen in einer Form, die für die großen Parteien des Reichstages erträglich ist, denn man müsse eine möglichst große Mehrheit für die Annahme dieser Steuerentwürfe zu gewinnen haben. — Zum Schluß des ersten Sitzungstages, dem sich gesellschaftliche Veranstaltungen anschlossen, denen ebenfalls der Reichstagskanzler und mehrere Minister beizuhöhen, wurde

ein Vertrauensvotum

für Parteileitung und Reichstagsfraktion angenommen, in dem es u. a. heißt: „In Anbetracht der schwierigen außenpolitischen Lage erklärt sich der Reichstagsfraktion rüchhaltlos einverstanden mit der von der Regierung geführten Politik der Klugheit und Mäßigung, die der wirtschaftlichen Gesundung der gesamten Welt und der Zusammenarbeit der Völker die Wege ebnet werde.“

u. Berlin, 17. Januar.

Die Ideen und Ziele der Zentrumspartei wurden in einem Vortrage des Abg. Marx, des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, zusammenfassend dargestellt, worin dieser bekannte führende Politiker besonders die gegenwärtig brennende Frage der Koalitionsbildung berührte. Er betonte, daß es sich bei der Koalition des Zentrums mit Sozialdemokraten und Demokraten nicht um einen Bund oder eine Verschmelzung, sondern lediglich um eine Arbeitsgemeinschaft handle, die der Regierung des neuen Reiches nach innen und außen Kräftigung und Stützung angedeihen lassen mußte. Niemals sei vom Zentrum ein Aufgeben seiner Weltanschauung oder seiner religiösen Überzeugung verlangt worden. Ein solches Verlangen wäre auf das allerentschiedenste zurückgewiesen worden. Die Partei habe auch künftig fest an der Forderung: Freiheit der Kirche, in erster Linie der katholischen Kirche. Weiter fordere sie Sicherstellung und Verheißung der Konfessionellen Schule. Wer da glaubt, seine Kinder ohne die Vermittlung der Heilswahrheiten erziehen zu können, der möge sie der weltlichen Schule anvertrauen. Das Zentrum aber erhebe mit aller Kraft die Forderung, daß unser Schulwesen im Deutschen Reich nach dem Willen der Erziehungsberechtigten eingerichtet werden muß.

In einigen Kreisen verläufe man dem Zentrum immer noch, daß es sich nach der Revolution mit aller Entschiedenheit auf den neuen Stand der Dinge eingerichtet und nach Annahme der Reichsverfassung gefordert hat, daß nunmehr alle sich auf den Boden vollenbeter Tatsachen stellen sollten. Damit kam der Redner auf die Frage

Monarchie oder Republik,

und erklärte dazu, beide Staatsformen seien mit christlicher Auffassung von Wesen des Staates durchaus vereinbar. Zurzeit wäre es das unzweckmäßigste, sich in neue Verfassungskämpfe einzulassen. Niemals könne die Überzeugung, daß die monarchische Staatsform die bessere und für das deutsche Volk vorteilhaftere sei, auch nur einen Schein des Rechtes dafür abgeben, die jetzige republikanische Verfassung gewaltsam zu verändern und aufzuheben. Es sei geradezu eine Gewissenspflicht für jeden überzeugten Christen, der Obrigkeit untertan zu sein; ob sie ihm gerade paßt oder nicht, sei dabei vollständig gleichgültig. Der Redner wandte sich dann weiter gegen den Vorwurf, daß das Zentrum nicht an dem liberalen Charakter des Reiches festgehalten, sondern in unzulässiger Weise den Einheitsstaat gefördert habe. Unter Hinweis auf das Parteiprogramm vom März 1871 betonte er, daß es eine falsche Politik wäre, sich blind und hartnäckig den Anforderungen der veränderten Zeitverhältnisse entgegenzusetzen. Zum Schluß erklärte Marx namens der Fraktion nochmals, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums hinter dem Reichskanzler steht. An der Tatsache, daß die Politik des Reichskanzlers und der Fraktion vollen Erfolg gezeitigt habe, sei heute nicht mehr zu rütteln.

Sorales und Provinzielles.

Halver, den 19. Januar 1922

□ Lebensweisheit. Die Verhältnisse um uns können vorläufig nicht zur Ruhe kommen, und es hat keinen Zweck, auf diese Verhältnisse zu warten. Wir müssen jedoch versuchen, wenigstens für uns selbst einen festen Standpunkt zu gewinnen. Dies kann nur aus uns heraus geschehen. Wer früher nicht das Bedürfnis empfand, brauchte weder über sich selbst, noch über seine Umgebung und über die sozialen Verhältnisse nachzudenken, obgleich es immer nützlich war, sich über seine Beziehungen zur Volksgemeinschaft klar zu sein. Notfalls genügt es aber, daß man seine Verpflichtungen erfüllt, dann erledigt sich alles übrige von selbst, denn es gab für alle Vorgänge des bürgerlichen Lebens feste Regeln. Das ist nun alles anders geworden, und wir müssen wohl oder übel unter die Philosophen gehen, um uns zurecht zu finden und einen erträglichen Standpunkt gegenüber unserer Umgebung zu gewinnen. Was wir zunächst gebrauchen, ist ein gefestigter innerer Zustand, daß wir in uns beruhigt werden. So einfach dies klingt, es erfordert Willenskraft und Denkarbeit. Die aufregenden Vorgänge der letzten Jahre und schlechte Beispiele haben viele Menschen aus ihrer festen Bahn herausgeschleudert. Sie mühen anfangen, was sie wollen, so lange sie versäumen, die verlorene Harmonie zwischen ihrem Innen- und Außenleben wieder herzustellen, werden sie nicht zu innerem Frieden gelangen. Wir haben die Kräfte unserer Seele nach außen zerplittert, weil wir den Wert des Äußerlichen überschätzen, nun sind sie schwach und unwirksam geworden. Wir haben uns aber auch von unseren Mitmenschen entfernt wie nie zuvor. Die Herzen können sich nicht zusammenfinden, weil zwischen ihnen das Mißtrauen steht. Wie läßt sich dieses nach so bitteren Erfahrungen überwinden? Durch die Grundlage aller Lebensweisheit: „Erkenne dich selbst.“ Ps.—L.

□ Umtausch von Postwertzeichen. Die Abdruckmarken zu 1,60 M., 3 M., 5 M. und 10 M. verlieren mit Ablauf des 20. Januars ihre Gültigkeit. In den Händen des Publikums befindliche Stücke können bis Ende Januar gegen andere Postwertzeichen umgetauscht werden. Die Postverwaltung ist aus Sicherheitsgründen zu dieser Maßregel gezwungen.

—* Streut Asche! Bei dem anhaltenden Frost- und Schneewetter ist es geboten auf den Bürgersteigen und Straßen Asche zu streuen, da die Glätte für Menschen und Tiere verhängnisvoll werden kann. Durch ein Ausgleiten auf der glatten Straße oder Bürgersteig kann sich einer leicht einen Arm- oder Beinbruch oder sonstige Verletzungen zuziehen, die langwierige Heilpflege mit sich bringen. Darum ist Vorsicht die Mahnung der Stunde.

Wie erspare ich Porto?

Die hohen Postgebühren nötigen zur Sparsamkeit.

Ueber das Wie folgende Vorschläge:

1. Benutze mehr als bisher die Postkarte, das größere Format 15,7 : 10,7 Zentimeter. Rückseite und halbe Vorderseite bieten Raum für größere Mitteilungen.
2. Man benutze die Abschnitte der Postanweisungen, Zahlkarten und Paketkarten zu Mitteilungen.
3. Nimm namentlich im Geschäftsverkehr ein Postcheckkonto statt des teuren Geldverkehrs mit Postanweisungen.
4. Gewöhnliche Pakete sind mit sechsmal 10 Mk. bei der Post versichert, als die Sendung Pfund wiegt, also ein 5 Kilo-Paket mit 100 Mk. Die Einschreibung für 1 Mk. versichert die Sendung nur mit einem festen Satz von 42 Mk. Ueberlege also, ob Einschreiben oder Wertangabe notwendig sind.
5. Weige Pakete zu Hause und vermeide Ueberreichung der Gewichtsgrenze (5 Kilo, 10 Kilo usw.) und du wirst 6—9 Mk. Porto sparen.
6. Gestalte es der Inhalt. So mache Pakete nie schwerer wie 10 Kilogramm. Andernfalls teile die Sendung unter Ausnutzung der Gewichtsgrenze. Ersparnis unter Umständen 8—22 Mk. pro Sendung.
7. Kaufe möglichst am Orte, du sparst viel Porto, Ärger und Verdruß.
8. Lasse den Grundsatz walten: „Ein für alle“. Also unter Bekannten Sammelsendungen.
9. Auf Ansichtskarten begnüge dich mit fünf Grußworten und du brauchst nur 40 Pfg. statt 1,25 Mk. zu zahlen.
10. Wenn möglich benutze die offene Drucksachenkarte die nur 40 Pfg. kostet.

— Schalksmühle, 18. Jan. Der Männer-Gesang-Verein Schalksmühle (e. V.) hatte für Samstagabend, den 14. er. seine Mitglieder zu einer General-Versammlung eingeladen. Selbst wurde um 9 Uhr vom 1. Vorsitzenden Franz Schulz eröffnet und geleitet. Die Tagesordnung umfaßte 4 Punkte: 1. Festangelegenheit, 2. Beitragsfestsetzung der passiven Mitglieder, 3. Beteiligung am Bundesfest in Bochum, 4. Verschiedenes. Einstimmig wurde beschlossen, am Samstag, den 22. April d. Jrs. ein Stiftungsfest zu feiern. Die weiteren Arbeiten hierzu wurden dem Vorstand in die Hand gegeben. Mit Rücksicht auf die Passionszeit und auch vorher nicht zuviel Festlichkeiten auskommen zu lassen, einigte man sich auf diesen Tag. Die Beiträge der passiven Mitglieder wurden auf 20 Mark pro Jahr und 5 Mk. vierteljährlich festgesetzt. Weiter wurde beschlossen, an dem im Juli in Bochum stattfindenden Bundesfest des Westfälischen Sängerbundes (welchem der Verein angehört) teilzunehmen, und wurde hierfür eine Reisekasse eingerichtet. Unter Verschiedenes wurden einige weniger Wichtigkeit umfassende Sachen besprochen und schloß der 1. Vorsitzende mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf das deutsche Lied und den Verein die gut verlaufene Versammlung.

* Kierspe, 18. Jan. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung von Kierspe, die im Sitzungssaale des Amtshauses stattfand, wurde folgendes beschlossen: Die Vertretung nahm von den eingelangten Briefen des Bezirkerath zu Windfuhr betr. Erhebung der Ziegenzucht in der Gemeinde, Kenntnis, die Angelegenheit wurde durch Aussprache erledigt. — Der Schulneubauentwurf wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. — Die Ortszählung betr. Erhebung von Schulbeiträgen für die Berufsschule wurde in der abgeänderten Fassung angenommen. — Wegen Anpflanzung der Waldgrundstücke von Stenringhaus und von 2 Gemeindegutstücken bei M. Schmidthausen wurde beschlossen, bezgl. des Grundstücks von Stenringhaus vorher Aufklärung zu schaffen. Die Bepflanzung der Grundstücke bei M. Schmidthausen wurde abgelehnt. — Die Abänderung der Vergütungs- und Schullohnrechnungen aus dem Jahre 1920. — 20 Anträge in Wohnungssachen wurden erledigt. — Von der außerordentlichen Prüfung der Sparkasse durch den Gemeindevorsteher Reppel nahm die Vertretung Kenntnis. Die Pächter der Gemeindehäuser sollen hinfür zur Entrichtung des Wassergeldes herangezogen werden. — Die Vertretung beschloß einstimmig, daß geeignete Schritte unternommen werden dahingehend, daß das ganze Amt Kierspe nach Ortsklasse A eingereiht wird. — Der Amtmann teilte mit, daß die Gemeindearbeiter den tarifmäßigen Lohn der Fabrikarbeiter beziehen. — Antrag der Lehrerschaft Kierspe auf Rückerstattung der Klaviersteuer wurde abgelehnt. — Die Vertretung war damit einverstanden, daß der erste Hund anstatt 70 Mark jetzt 100 Mark, der zweite Hund anstatt 150 Mark jetzt 200 Mark und der dritte Hund 300 Mark Hundesteuer kostet.

* Kierspe-Bsh., 18. Jan. Am vergangenen Samstagabend hatten sich die Handwerker in großer Zahl im Bastianschen Saale eingefunden, um zu zeitgemäßen, brennenden Fragen Stellung zu nehmen. Punkt 1 der Tagesordnung: Verlesen des Oktober-Protokolls und Nachprüfung der Rassenverhältnisse war alsbald erledigt. Punkt 2: Vorstandswahl nahm etwas mehr Zeit in Anspruch. Der alte Vorstand mit Ausnahme des 2. Schriftführers und 2. Schatzmeisters wurde wiedergewählt. Zweifelloß hätte man auch hier keine Neuwahl nötig gehabt, wenn Rönshof der Kiersper Vereinigung angeschlossen geblieben wäre. So machte sich die Neuwahl nötig. Zum 2. Schatzmeister wählte man Wilh. Schmidt (Wirmacher) und zum 2. Schriftführer Albert Viefstfeld. Punkt 3: Steuerfragen, war wie immer ein heikles Gebiet. Damit man hier nicht ins Uferlose geriet, wählte man eine Kommission, bestehend aus den Herren Joh. W. Plate, Wilh. Schmidt, Fritz Wilsch, Peter Cramer und Heinz Rachel, die die offenliegenden Einschätzungsliste einsehen sollen. Unter Punkt 4 wurden Krankenkassangelegenheiten beraten. Es wurde eine Liste aufgestellt von Mitgliedern die gewillt waren, der Handwerkerkrankenkasse in Arnsberg beizutreten. Die notwendigen Unterlagen, Satzungen usw. sollen angefordert werden. Unter Verschiedenes wurde man sich schlüssig, der Gemeindevertretung den Antrag zu stellen, 2 mindestens jedoch 1 Handwerker in die Steuereinschätzungskommission zu berufen, damit in-

folge sachgemäßer Auskunft die außerordentlichen vielen Berufungen und Reklamationen eingedämmt werden. Ferner wurde beantragt, einen wirklich steuerkundigen Referenten zu bestellen, der über das Steuerwesen einen Vortrag halten soll, damit auf diesem Gebiet Aufklärung geschaffen wird. Ferner beschloß man, an das Kommunale Elektrizitätswerk heranzutreten, den alten Tarif beizubehalten. Ein Buchführungskursus soll eingerichtet werden, damit gerade alle hierin auf der Höhe sind. Denn wer heute seine Bücher nicht in Ordnung hat, dem nützt alles Reklamieren nichts, man wird ihn einschätzen und damit hat er sich abzufinden. Zum Schluß wurde beantragt, die nächste Versammlung bereits im April abzuhalten, dem auch zugestimmt wurde. Wir lassen den Ruf erklingen: „Handwerker findet erd zusammen, damit wir nicht von der Zeit erdrückt werden.“

Bredersfeld, 18. Jan. In der letzten Versammlung der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr legte der Brandmeister Jakob Theiß sein Amt mit Rücksicht auf sein Alter nieder. Er hat den Posten über 27 Jahre in vortrefflicher Weise verwaltet und sich stets bereitwillig im Dienste der Nächstenliebe betätigt. Für seine aufopfernde Arbeit gebührt ihm daher der besondere Dank. Die Versammlung ernannte ihn zum Ehrenbranddirektor. An seine Stelle wurde Julius Blick zum Brandmeister gewählt.

Herne, 17. Jan. Der Storch im Rathaus. Unser städtisches Rathaus ist ja mancherlei Besuch gewöhnt. Abordnungen mancherlei Art, Regierungs- und Oberpräsidenten, selbst Minister sind dort keine sonderlich auffallenden Erscheinungen mehr, zumal die Stadt auch ihre Eingemeindungswünsche hat. Das aber gar der Klapperstorch im Rathaus Visite macht, ist, soviel man weiß, noch nicht dagewesen. Eine junge Frau von etwa 20 Jahren schenkte, als sie sich auf dem Rathaus befand, um irgendeine Auskunft einzuholen, unverhofft einem prächtigen Mädchen das Leben. Glücklicher Weise besitzt Herne seit einiger Zeit einen Stadtrat, der alsbald zur Stelle sein konnte, um der jung'n Mutter Beistand zu leisten.

Wipperfurth, 17. Jan. Gestern Abend kamen mit dem Güterzuge 4 Hengste vom Gestüt in Wickerath hier an, 2 für die Dekkstation Berger in Ahlenbachermühle 2 für die Dekkstation Kremer in Kirchenbühl. Die stattlichen Tiere wurden von den Stationshaltern am Bahnhof in Empfang genommen.

Saarbrücken, 17. Jan. Die französischen Kanalisationspläne an der Mosel sind näher festgelegt. Zwischen Metz und Diedenhofen werden 4 Schleusen und 5 Häfen vorgesehen. Die Gesamtkosten bis zur Grenze werden auf 77 Mill. Franken veranschlagt.

Die Jugendherbergen 1909—1921.

1. Zur Entstehungsgeschichte.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet lernte der Lehrer Rich. Schirrmann, 1. Vors. des Verbandes für deutsche Jugendherbergen das Wohnungselend in seinen gesundheitsschädigenden und entstellenden Einwirkungen auf die Jugend kennen. Das Großstadtelend führte ihn zum Jugendwandern.

Je mehr das Jugendwandern answoll, umso mehr häuften sich die Schwierigkeiten des Uebernachtens. Da kam Schirrmann gelegentlich einer Wanderschaft beim Vorüberwandern an einer ferienstillen Schule der Gedanke, die in den Ferien allerorten leerstehenden Schulräume zu Herberge zwecken dienlich zu machen. Im Jahre 1909 gingen seine Anregungen durch die Tagespresse und fanden zunächst im westfälischen Sauerland und Rheinland ihre Verwirklichung. Die ersten Herbergen entstanden 1910 in Altena i. W., durch eine Beihilfe der Stadt von 600 — Mk., in Radvormwald i. Rhld. durch eine Schenkung des Fabrikanten Schürenberg i. M. Glabbach und in Herscheid i. W. durch eine Spende von Legationsrat Krupp von Bohlen und Halbach. Im gleichen Jahre nahm sich der Sauerländische Gebirgsverein der Jugendherbergen an.

Anfänglich dachte Schirrmann nur an die Schaffung von Volksschülerherbergen zur Ergänzung der schon bestehenden „Studenten- und Schülerherbergen“. Als nun aber auch Schüler von Mittel- und Hochschulen, Fortbildungsschüler, die schulentlassene und die weibliche Jugend in steigendem Maße um Aufnahme in den neuen Herbergen nachsuchte, tauschte Schirrmann seine Volksschülerherbergen in deutsche Jugendherbergen um. Auf der Tagung für Volks- und Jugendspiele in Heidelberg (1913) ward Schirrmann mit der Ausarbeitung von Richtlinien zu Einrichtung von Jugendherbergen im Reich betraut, desgleichen auch mit der Herausgabe eines Gesamtherbergsverzeichnis.

(Fortsetzung folgt.)

W. K. „H.“

Kleine Nachrichten.

Chinas Erschießung.

Berlin. Die chinesische Gesandtschaft in Berlin veröffentlicht ein Telegramm des neuen chinesischen Ministerpräsidenten Liang-Shih-Mi, in dem die chinesische Regierung um die wirtschaftliche Mitarbeit aller Völker bei der Erschließung Chinas bittet. Die Eigentümlichkeit des chinesischen Volkes, besetzt durch eine vielhundertjährige Erfahrung, wird sich, wie in der Vergangenheit, als fähig erweisen, alle Schwierigkeiten zu überwinden, und ein starkes, vereinigtes China wird nicht nur sich, sondern auch der Welt von Nutzen sein.

Um die Angestelltenversicherung.

Berlin. Die Vereinigung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung war das Ziel des Jahres bei den soeben stattgefundenen Wahlen der Angestellten. Für Erhaltung der besonderen Stellung der Angestelltenversicherung traten die anderen Angestelltenorganisationen ein. Die 171 Bezirke, die bisher gewählt haben, beauftragten 406 Vertrauens- und 764 Erfahrmänner des Hauptausschusses der Angestelltenverbände gegen 110 (274) der Afa. Der zum Hauptausschuß gehörige Deutschnationale Handlungsgehilfenverband erhielt 224 (379) Stimm.

Beamtenbegnadigungen im Rheinland.

Koblenz. Vor längerer Zeit waren vom belgischen Kriegsgericht die Eisenbahner Heinrich Malina und Michael Holzappel zu längeren Freiheits- und hohen Geldstrafen verurteilt worden, weil sie in Ausübung ihres Dienstes angeblich mit belgischen Militärpersonen in Konflikt geraten seien. Beide Beamte sind nunmehr vom belgischen König auf Verwendung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete begnadigt worden.

Der Völkerverbund in Geldbitten.
DA Genf. Der Völkerverbund befindet sich in einer sehr prekären Finanzlage, weil die Zahlungen, die von den einzelnen Staaten an ihn zu entrichten sind, noch in keiner Weise eine Regelung erfahren haben. Achzehn Nationen haben die letzte Jahresrate noch nicht bezahlt, England ist mit 10 000 Pfund Sterling im Rückstand. Argentinien und San Salvador haben überhaupt noch nie einen Centimes eingezahlt.

Französische Marineprojekte.
DA Paris. Der Seehafen Orient soll mit großen Werften ausgestattet werden und zugleich ein Mittelpunkt der Bildung und Erziehung der französischen Marine werden. Der Plan soll wieder eine Marinepräsenz mit einem Militärpräsen als Kommandeur und einem Gouverneur werden.

Eine russische Universität in Prag.
DA Prag. Das tschechische Unterrichtsministerium hat auf Ansuchen der in Prag weilenden russischen Professoren hier die Errichtung einer freien russischen Universität genehmigt. Die von ihr auszugehenen Diplome sollen aber nur für Russland Geltung haben. Dies ist die dritte slawische Universität in Prag.

Französische Lastwagen für Polen.
Warschau. In der nächsten Zeit wird zwischen Polen und Frankreich ein Vertrag abgeschlossen werden, nach welchem Polen von Frankreich 15 000 Lastwagen erhalten wird.

Eröffnung in Genua am 8. März?
Rom. Nach hiesigen Informationen äußerte Lloyd George in Cannes gegenüber dem italienischen Ministerpräsidenten Bonomi den Wunsch, daß die Konferenz in Genua am 8. März stattfinden solle.

Die Donau zugefroren.
Budaest. Infolge der großen Kälte der letzten Tage ist die Donau abermals zugefroren.

Die Hungernden in Russland.
Moskau. Der Moskauer Sowjet hat beschlossen, für die Hungernden Russlands eine Woche hindurch für Theater- und Lichtspielkarten u. dergl. eine Steuer in Höhe von 10 Prozent einzuhoben. Während dieser Zeit werden Straßenbahnkarten mit einer Steuer von 2000 Rubel für jede Karte belegt.

Der Heidelberger Mordprozeß.

§ Heidelberg, 16. Januar.
Vor den Geschworenen begann heute hier die Verhandlung gegen den des Raubmordes, des versuchten Mordes und des Meineides angeklagten 24jährigen Schmied Leonhard Siefert, der am 29. Juni 1921 den Oberbürgermeister Wulfe aus Herford und den Bürgermeister a. D. Werner ermordet und beraubt haben soll. Der Angeklagte, der recht intelligent aussieht, erklärte auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die ihm zur Last gelegten Straftaten eingestehen wolle, daß er an allem unschuldig sei. Während des Krieges lag er in verschiedenen Lazaretten krank. Er hat sich als Soldat gut geführt und ist mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet worden. Auf Befragen muß Siefert zugeben, daß er ein guter Schütze war und einen Schießpreis erhalten hat. Nach Beendigung des Krieges trat er zunächst bei einem Schmiedemeister in Stellung; später ging er zur Eisenbahn.

Als erster Zeuge wurde der Hammerschmied Krell aus Kieselhausen vernommen, bei dem der Angeklagte nach dem Kriege in Stellung war. Der Zeuge betonte, daß der Angeklagte ein selten kräftiger Mensch sei, der schwere Eisenstangen ohne Hilfe tragen könne. Der nächste Zeuge, ein Betriebsvorsteher der Eisenbahn, sagte aus, daß er dem Angeklagten eine Nordtat nicht zugetraut habe. Er habe sich bei der Eisenbahn als williger und anständiger Mensch erwiesen. Die weitere Zeugenvernehmung bezieht sich auf die Anklage wegen Meineides und auf Einzelheiten eines Fahrraddiebstahls.

§ Heidelberg, 17. Januar.
Die weitere Zeugenvernehmung in dem Mordprozeß gegen den Hammerschmied Leonhard Siefert betraf die Anklage wegen Meineides. Es handelt sich um eine eidliche Zeugenaussage Sierfers in einer Fahrraddiebstahlsache, in der er bestritt, zu wissen, wer das Rad gestohlen habe, obwohl er es wissen mußte. Ein gewisser Johann Breitenstein, der in die Diebstahlsache verwickelt war, belastet den Angeklagten und antwortet auf die Frage des Staatsanwalts, ob er Siefert den Mordanschlag gegen den Ingenieur Link, der in der Nähe von Biegelhausen angeschossen wurde, zugetraut habe, bejahend.

Bevor dann die Zeugen, die über Sierfers Vorleben aussagen können, vernommen wurden, äußerte sich der Angeklagte selbst über seine finanzielle Lage vor seiner Verhaftung. Er verdiente in der Eisenbahnwerkstätte monatlich etwa 1000 Mark, verbrauchte aber weit mehr, da er nach seinen eigenen

Angaben ein harter Esser war, nach den Angaben anderer Personen aber mehrere Liebschaften hatte. Um zu Geld zu kommen, trug er sich mit den abenteuerlichsten Plänen. Obwohl er keine Pfandunterlagen hatte, wollte er sich von einem Bankgeschäft 2000 bis 3000 Mark leihen. Ein andermal wollte er eine Millionärstochter heiraten, stand aber von dem Plane ab, als er dem Heiratsvermittler — 100 Mark Vorschuß zahlen sollte. Von der Frau Krammüller in Biegelhausen, bei der er wohnte, wurde Siefert wie das eigene Kind gehalten. Er zahlte trotz der teuren Zeiten kaum 250 Mark Pension im Monat und geriet trotzdem bei ihr in Schulden, die auf 1800 Mark anwuchsen. Die Frau hat aber niemals auf Bezahlung gedrängt. Arbeitskollegen und Freunde stellten dem Angeklagten ein gutes Zeugnis aus. Sie hielten Siefert, der häufig in Geldverlegenheit war, wiederholt aus, und er hat die Schuldschulden immer pünktlich zurückgezahlt. Zwei Tage nach der Ermordung der beiden Bürgermeister zahlte er größere Schuldbeiträge zurück, und er soll sich damals seinem Arbeitskollegen Emil Hock gegenüber geäußert haben, daß er 9000 Mark geerbt habe und nun alles Geld für sich selbst sei. Es wurden dann verschiedene Mädchen, die mit Siefert in Beziehung standen, vernommen. Mit einem dieser Mädchen wollte er sich Weihnachten 1921 verloben. Die Zeugin erklärte, daß Siefert, wenn er Geld hatte, immer Kavaliere gewesen sei. Einige weitere Zeugen machten Aussagen über die Jugendzeit des Angeklagten. Nachteiliges wußten sie nicht zu befechten. Der Pfarrer, der Lehrer, der Bürgermeister des Ortes Dilsen, in dem Siefert geboren wurde, erklärten übereinstimmend, daß der Angeklagte nie ein Rohling gewesen sei.

Kohlenbericht Elektrizitätswerk Markt Lagerbestand.

Kraftwerk :	Herdecke	Elserlingen	Siesel
15. 1. 1922	895 t	27 t	0 t
16. 1. 1922	895 t	27 t	0 t

Schriftleitung: Wilh. Bell, Halver i. Westf.


Landwehr-Verein Halver.
Zur Teilnahme an der Beerdigung unseres verstorbenen Kameraden
Carl Gerhards
Halver
wollen die Mitglieder am Freitag, den 20. ds. Mts. nachm. 2 1/2 Uhr recht zahlreich am Vereinslokal angetreten. Gewehrabteilung mit Gewehr 2.
Der Vorstand.

Allg. Arbeiter-Verband Halver.

Sonntag, den 22. Januar 22 vormittags 9 1/2 Uhr im Lokale „Jägerhaus“

Generalversammlung.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtl. Kollegen dringend erwünscht.

Nachbarschaft Oberbrügge.

Samstag, den 21. Januar abends 8 1/2 Uhr

Generalversammlung.

Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Einen
Lehrling
für Schlosserei
und einen
Lehrling
für Bügeleisen-Schmiede
stelle ich zu Ostern evtl. früher ein.
August Berghaus
Eisenwarenfabrik
Oberbrügge i. Westf.

Präger
gesucht,
welcher mit allen Arbeiten an der Fraktionspresse vertraut ist.
Degenhardt & Sippel
Metallwerk
Halver i. Westf.

Bismarck
Gedanken u. Erinnerungen
—: Band 3:—
vorrätig.
Wilh. Bell jr., Halver


Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Liebsten, was man hat,
Muß scheiden.
Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen,
heute morgen 7 Uhr nach kurzem, aber
schweren Leiden, mein innigstgeliebtes Töchterchen,
unser liebes, gutes Schwesterchen,
Schwägerin, Tante und Cousine
Hedwig Dewald
im blühenden Alter von 15 1/2 Jahren zu sich
in die Ewigkeit zu nehmen.
Ww. H. Dewald
Elise geb. Neuber
nebst Kinder und Enkel.
Halver, Backnang in Würtb., Cassel,
Dortmund-Brakel, Wipperfürth, Dortmund, den
18. Januar 1922.
Die Beerdigung findet am Samstag, den 21. Jan.
nachm. 3 1/2 Uhr vom Sterbehause Berlinerstr. 45
aus statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgehe unseres lieben Entschlafenen, sowie für die vielen Kranzspenden, insbesondere den Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Peter Sessinghaus und dem Herrn Pastor Dannert für seine trostreichen Worte sprechen wir allen unsern tiefgefühlten Dank aus.
Frau Helene Volkenrath
und Kinder.
Ehringhausen b. Breckerfeld, den 18. Jan. 1922.

Amt Halver.
Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.
Die Beitrags-Heberollen liegen vom 20. ds. Mts. ab 2 Wochen lang im Amtshause, Zimmer Nr. 2 zur Einsicht der Beteiligten aus.
Einsprüche sind innerhalb 2 Wochen nach der Auslegung bei dem Genossenschaftsvorstande in Münster zulässig.
Halver, den 16. Januar 1922
Der Amtmann.

Bekanntmachung.
Die Heberollen der Westf. Landwirtsch. Berufsgenossenschaft liegen vom 19. ds. Mts. ab 2 Wochen lang zur Einsicht der Beteiligten aus und zwar für die Gemeinde Sülscheid auf dem Amtsbüro Olagebach und für die Gemeinde Lüdenscheid Land in Amtshause Zimmer 14. Die Zahlungspflichtigen können binnen zweier Wochen und nach Ablauf der Frist gegen die Beitragsberechnung beim Genossenschaftsvorstande in Münster Widerspruch erheben. Der Widerspruch entbindet nicht von der Pflicht zur vorläufigen Zahlung des Beitrages.
Lüdenscheid, den 17. Januar 1922.
Der Amtmann

Wasserdicke
Gummi bett unterlagen
sowie alle Artikel zur
Kranken- und
Säuglingspflege
empfiehlt
Halversche Med.-Drogerie
Carl Menke
Halver, Frankfurterstraße
Wir zahlen für sauber gespülte, geruchsfreie
1 Liter-Flaschen M. 3.-
3 Liter-Flaschen M. 2.50
(keine Weinflaschen).
Gebr. Wippermann,
Halver.

Gebe noch preiswert vom Lager ab:
neue und gebrauchte Ofen
1 email- lierten Gufzherd und andere Herde
und einige gebrauchte
Waschmaschinen u. Separatoren
Otto Haase, Eisenwaren, Kierspe
Telefon 181 Amt Meinerzhagen.


Kappell
Schreibmaschine
Maschinenfabrik
Kappell Akt.-Ges.
Chemnitz-Kappell
Vertreter: Carl L. Henrichs, Hagen.

Die sicherste und schnellste
HILFE
bei Defekten an
ELEKTRO-MOTOREN
leistet die
Ankerwickel- und Motoren-Reparatur-Werkstatt
GEOR. TURCK, HALVER, Berlinerstr. 20, Tel. 35
Eigenes Prüffeld für Gleich- u. Drehstrommotore. Lager in gebr. und neuen Motoren. Prima Motorenöl vorrätig.
Leihweise Ueberlassung von Motoren.

Wir suchen zum baldigen Eintritt
einige tüchtige
Bankarbeiter
u. **Fallhammer-Schmiede**
sowie mehrere
Mädchen oder
jugendliche Arbeiter.
Reitz & Schürmann
G. m. b. H.
Halver i. Westf.
Erhalte Sonnabend, den
21. ds. Mts. eine Sendung
prima Oldenburger
Ferkel u.
Paufer-Schweine.
Wilhelm Faßbender,
Meinerzhagen.

Wir suchen für sofort
einen tüchtigen jüngeren
Backer
und Lagerhalter.
Ferner suchen wir noch
Arbeiter und
Arbeiterinnen
für lohnende Akkordarbeit
(Montieren)
Gebr. Berker
Schalksmühle.

Einige guterhaltene, gebrauchte
Möbel u. Ofen
zu verkaufen
Apothek Halver.

Raum oder Schuppen
mit Lagerplatz in Schalksmühle
oder näherer Umgebung
zu mieten gesucht.
Angebote unter W. T. 100
an die Geschäftsstelle des Schalksmühler General-Anzeiger Fr. H. Bohmer in Schalksmühle

Briefkassetten
in schöner Auswahl
mit Briefbogen in verschiedenen Formaten mit und ohne Druck
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.